

# Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft, für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das „Wilsdruffer Tageblatt“ erscheint täglich nachm. 5 Uhr für den gew. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und den Verkaufsstellen 2 Mk. im Monat, bei Zustellung durch die Boten 2,50 Mk., bei Postbestellung 3 Mk. wöchentlich. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6. Einzelhefte 10 Pf. Die Geschäftsstelle befindet sich in der Hauptstadt Meissen, des Amtsgerichts und Stadtrats zu Wilsdruff, Forstrentamts Tharandt, Finanzamts Riesa.

Nr. 276. — 85. Jahrgang. Teleg.-Abz.: „Amtsblatt“ Wilsdruff-Dresden Postfach Dresden 2640 Freitag, den 26. November 1926

## Die ewige Hauszinssteuer.

Von sachkundiger Seite wird uns geschrieben: Im Wohnungsausflug des Preussischen Landtages hat es wieder einmal eine große Debatte gegeben, deren Ergebnisse der Staatsbürger mittleren und kleinen Einkommens nur mit sehr gemischten Gefühlen betrachten wird. Die Bemerkung des preussischen Wohlfahrtsministers Hirscher gegen die bisherige Höhe der Hauszinssteuer hat er fortgesetzt; jetzt verlangt der Minister zum mindesten eine weitere Steigerung dieser Steuer um 10 % ab 1. April 1927, verhandelt aber auch auf seiner Forderung, daß sie dann baldmöglichst um weitere 20 % erhöht werden soll. Es sollen nämlich im nächsten Jahre 200 000 Wohnungen gebaut werden; sollen; hoffentlich hat man das notwendige Geld dazu! Man braucht für diese Baupläne allein eine Milliarde zweifelhafte Hypotheken. Also: Anleihe!

Der preussische Finanzminister Dr. Höpfer-Michoff schüttete sofort Wasser in diesen Wein: der Anleihemarkt ist schon derzeit in Anspruch genommen, daß die Ausichten für jene Milliardenanleihe recht ungewiss sind. Er schlägt einen anderen Weg vor, nämlich die Befreiung der staatlichen und kommunalen Hauszinssteuerhypotheken — bisher ein Betrag von zusammen rund einer Milliarde — an die Hypothekenbanken, um auf diese Weise eine Obligationenleihe von rund 600 Millionen zu erhalten, die für die Finanzierung der Bautätigkeit im Jahre 1927 dienen sollen. Dann muß aber für genügende Vergütung und Tilgung jener Obligationenleihe gesorgt werden und das könne natürlich nur geschehen durch Verewigung der Hauszinssteuer. Der Finanzminister erklärte das ganz offen. „Auf die Hauszinssteuermittel, die jetzt auch für den allgemeinen Finanzbedarf verwendet werden, können weder der Staat noch die Gemeinden verzichten.“ Der Staatssekretär Schmidt vom Finanzministerium unterstreicht das und erklärt eine Steigerung der Hauszinssteuerertrages um mindestens 150 Millionen für unbedingt notwendig, herbeizuführen durch Mieterhöhung, und zwar besonders bei den alten Wohnungen.

Die neuen Wohnungen können sich nämlich nur schwer verdienende Zeitgenossen anschaffen! Baut man da im Berliner Aufstiegsquartier „Alte“ Wohnungen von zwei, drei, vier Zimmern. Bloß kostet die Wohnung pro Zimmer 600 Mark. Und einen in die Tausende gehenden Baukostenzuschuß! Rechnet man auch nur so, daß man wie in der Friedenszeit ein Fünftel des Einkommens für die Miete aufwenden könnte — dahingehende Vorschläge werden gemacht, vergessen aber ganz und gar, daß allein schon die Steuern einen viel größeren Teil des Einkommens wegpressen als früher —, so würde das bei einer derzeitigen Zweizimmerwohnung ein Einkommen von etwa 6000 Mark voraussetzen. Das ist heutzutage das Gehalt eines — Regierungsrates, der sich in Wirklichkeit keine Zweizimmerwohnung nehmen könnte. Minister Hirscher hat sich ja die Sache sehr leicht gemacht; er erklärte einfach: Müssen die Mieten heraufgesetzt werden, dann haben Löhne und Gehälter dieser Steigerung zu folgen! Sehr leicht gesagt; aber ein bißchen sollte man denn doch auch auf die wirtschaftlichen Grenzen derartiger Experimente Rücksicht nehmen!

Der Karren war in demselben Augenblick verfahren, als Staat und Kommunen zur Dedung ihres allgemeinen Finanzbedarfs auf einen Teil der Hauszinssteuer Beschlag legten. Statt erst einmal diesen Grundfehler zu beseitigen, wurstelt man jetzt mitten in diesem Fehlerkreis fort. Will nicht bloß die Steuer verewigen — sie ist eine der höchsten, die es überhaupt gibt, wird vielleicht nur noch durch die französische Fenstersteuer übertroffen — sondern die Art ihrer Verwendung, also nur teilweise zur Förderung des Wohnungsbaus.

Das sind wirklich sehr erfreuliche Ausichten! Und dabei finden wir schon bis zum Hals in einer völlig unmöglichen Situation, die sich höchstens auf dem Papier sehr rosig und optimistisch ausnimmt, in Wirklichkeit aber ganz, ganz anders aussieht.

## Einnahmerückgang bei der Reichsbahn.

Aufträge für 40 000 Menschen.  
Der Verwaltungsrat der Deutschen Reichsbahngesellschaft hielt seine letzte laufende Tagung in diesem Jahre ab. Der zu erwartende Jahresabschluss und die Ausichten für das nächste Jahr standen im Vordergrund der Erörterung. Das zu Ende gehende Jahr wies in seiner ersten Hälfte infolge des schwachen Güter- und Personenverkehrs einen starken Rückgang der Einnahmen auf, während im zweiten Halbjahre der englische Kohlenarbeiterstreik eine erhebliche Güterverkehrssteigerung brachte. Immerhin werden die Einnahmen des laufenden Jahres im Güterverkehr und noch mehr im Personenverkehr hinter denen des Jahres 1925 zurückbleiben.  
Der Verwaltungsrat nahm davon Kenntnis, daß der Wettbewerb des Kraftwagens zurzeit

## Der endgültige Reichswirtschaftsrat.

### Umgestaltung der Wirtschaftsvertretung.

Nur 125 Abgeordnete im Reichswirtschaftsrat.  
Der vorläufige Reichswirtschaftsrat, der seit Bestehen der Weimarer Verfassung als eine Art Sachverständigenparlament der Reichsregierung bei Vorbereitung wirtschaftlicher Gesetzesentwürfe zur Seite stand, soll nun durch einen endgültigen Reichswirtschaftsrat ersetzt werden. Der Entwurf eines entsprechenden Gesetzes ist fertig.  
Der vorliegende Entwurf sucht nun eine gesetzliche Basis zu schaffen, indem er die bisherige Praxis mit einigen Änderungen in Einzelbestimmungen festlegt. Daran ist hervorzuheben, daß die Mitgliederzahl auf 125 herabgesetzt wird, während der vorläufige Reichswirtschaftsrat aus 326 Mitgliedern bestand. Außerdem können in Zukunft für einzelne Sitzungen oder Verhandlungsgegenstände nichtständige stimmberechtigte Mitglieder einberufen werden. Bisher war die Reichsregierung nicht verpflichtet, Anregungen des Rates an den Reichstag weiterzugeben. Nach dem vorliegenden Entwurf hat sie eine Vorlage des Rates auch dann beim Reichstag einzubringen, wenn sie ihr selbst nicht zustimmt. Die tatsächliche Tätigkeit des Rates wird

in Zukunft auch auf die Initiativentwürfe des Reichstages ausgedehnt. Ferner müssen auf Verlangen die Volkerversammlung oder die Ausschüsse des Rates Gutachten vor dem Reichstag, dem Reichsrat oder ihren Ausschüssen durch Beauftragte mündlich erläutern lassen. Andererseits kann der Rat seine eigene Vorlage durch den Reichstag vertreten lassen.

Der Entwurf des Ausführungsgesetzes regelt die Einberufung und Zusammensetzung des Rates. Die ständigen Mitglieder werden für sechs Jahre einberufen, alle drei Jahre scheidet die Hälfte aus. Besondere Bedeutung hat die Bestellung des Ermittlungsausschusses (Enquete-Ausschusses), die durch den Vorstand des Rates auf Verlangen oder mit Zustimmung der Reichsregierung erfolgt. Die Zahl der Mitglieder setzt die Reichsregierung fest.

In der Begründung wird ausgeführt, daß im allgemeinen das Stärkeverhältnis der einzelnen Berufsgruppenvertretungen dem bisherigen Zustand entspricht. Für einige Gruppen hat sich aus den bisherigen Erfahrungen die Notwendigkeit einer ziffermäßigen Verstärkung ergeben. Im Vergleich mit dem vor einem halben Jahre vorgelegten Referentenentwurf sind die Grundzüge derselben geblieben. Der neue Entwurf läßt sich allerdings stärker von dem Bestreben leiten, die Selbstverwaltung und die Unabhängigkeit des Reichswirtschaftsrates sicherzustellen.

jährlich bis zu 100 Millionen Mark an Güterfrachten der Reichsbahn entzieht. Einer weiteren Abwanderung soll durch immer bessere Abfertigung, schnellere Beförderung und in geeigneten Fällen durch Tarifermäßigungen entgegenzuwirken werden. Die mit Hilfe des von der Reichsregierung zur Verfügung gestellten Sonderkredits herausgegebenen Aufträge geben zurzeit schätzungsweise 40 000 Menschen Arbeit. Zur Festigung des Berufsbeamtenstandes bei der Reichsbahn wurde beschlossen, die Frist bis zur dauernden Anstellung der Beamten von 20 auf 10 Jahre herabzusetzen.

## Für den Hopfenbau.

150 000 Mark beantragt.  
Im Reichstag haben die Abgg. Fehr, Bachmeier und Genossen einen Antrag eingebracht, der die Reichsregierung ersucht, bei Aufstellung des Haushalts 1927 in Rücksicht auf die Tatsache, daß in allen Gebieten des deutschen Hopfenbaues seit einigen Jahren eine Krankheit der Hopfenpflanze auftritt, die den gesamten Hopfenbau zu vernichten droht, Mittel im Ausmaß von mindestens 150 000 Mark bereitzustellen und diese über die Länderregierungen für die Bekämpfung der Krankheit zu verwenden.

## Gesler, Watter und Jungdeutscher Orden.

Erklärungen und Erwidern.  
Der Jungdeutsche Orden hat bekanntlich in den letzten Tagen der Öffentlichkeit eine Denkschrift übergeben, in der der Hochmeister des Ordens, Artur Rahrau, den Zweck dieser Denkschrift dahin zusammenfaßt, daß er den Mißbrauch nationaler Kräfte und Organisationen zu lebensgefährlichen außenpolitischen Abenteuern verhindern wolle. In dieser Denkschrift war auch die Rede davon, daß ein General im Jahre 1923 nach Überwindung Polens zusammen mit Rußland gegen Frankreich marschieren wolle, wobei er große Hoffnungen auf ein von ihm neu erfundenes Sprengmittel setzte. Ferner wurde in der Denkschrift festgestellt, daß im Jahre 1921 ein General einen Überfall auf die französischen Besatzungstruppen veranlassen wollte. Reichswehrminister Dr. Gesler ist im Reichstag auf diese Denkschrift des Jungdeutschen Ordens zurückgekommen und teilte dabei mit, daß der General, der einen Kampf mit Freiwilligen gegen Frankreich unternehmen wollte, General Watter gewesen sei. Dieser hatte, wie der Minister sagte, „tatsächlich den wahnsinnigen Plan gehabt, die jungen Leute in die französischen Bataillon hineinzutreiben“. Der General sei aber von ihm gleich nach dem Kapp-Putsch verabschiedet worden. Dr. Gesler nannte in diesem Zusammenhang General Watter einen „verrückten General“.  
Diese Erklärung des Reichswehrministers hat den Waffensieger der ehemaligen deutschen Feldartilleristen, dessen Vorsitzender General Watter ist, veranlaßt, scharfen Widerspruch dagegen zu erheben, daß Dr. Gesler einen in Krieg und Frieden bewährten Offizier des alten Heeres, dem das Deutsche Reich besonderen Dank schulde — General Watter hat 1921 den Kommunistenaufstand im Ruhrgebiet niedergeschlagen —, in den beleidigendsten Ausdrücken verunglimpft habe. General Watter, der sich zurzeit auf

einer neuen Verwundung, wird nach Klatsch zu den vom Reichswehrminister gegen ihn erhobenen Angriffen Stellung nehmen.

Auch der Jungdeutsche Orden nimmt noch einmal zu der Erklärung des Reichswehrministers Dr. Gesler Stellung und teilt mit, daß in der Denkschrift die Tätigkeit des Generals Watter nur mit wenigen Zeilen erwähnt sei, um darzutun, daß den in der Denkschrift geschilderten Plänen große Beachtung zu schenken sei und daß in ihr nicht die Tätigkeit des Generals Watter im Jahre 1921, sondern im Jahre 1923 geschildert worden ist. Die Denkschrift behandle im übrigen lediglich und ausschließlich Bestrebungen, welche im Jahre 1925 und 1926 vorhanden waren, teilweise auch noch, wie der Jungdeutsche Orden behauptet, vorhanden sind, und welche „auf ein aktives Vorgehen gegen Frankreich im Bunde mit Sowjetrußland hinführen“.

## Zum Tode Krassins.

Die Nachricht von dem Tode Krassins kam zur Londonerwartung. Obwohl bekannt war, daß Krassin seit längerer Zeit krank war, glaubte man nicht, daß sein Zustand zu ernstlichen Befürchtungen Anlaß gäbe. Man führte vielmehr die im Umlauf befindlichen Gerüchte über seine schlechte Gesundheit wenigstens zum Teil auf politische Nachenschaften zurück. Trotz der Tatsache, daß Krassin der Gesandte einer Regierung war, der England bisher die politische Anerkennung versagt hat, hat sein Tod so-



wohl in politischen amtlichen wie auch in Stadtkreisen lebhaftes Bedauern auslöste. Krassin war ein Mann, der sich auch dem englischen Standpunkt nicht ganz verschloß. Sir Anken Chamberlain erklärte im Unterhaus wörtlich: „Ich hoffe, daß man mir gestattet, mein Bedauern über den Tod Krassins auszudrücken.“ Krassin hinterläßt eine Witwe und drei Söhne, von denen einer in Oxford studiert. Die Witwe Krassins ist Jüdin englischer Nationalität.  
Wie weiter erzählt, wird die Leiche Krassins eingekläbert und die Asche nach England verbracht werden. Der Leichnam ist in der Postkammer aufbewahrt, wo die Mitglieder der Postkammer die Ehrenwache halten.









